

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Zeitungspreis für Abonnenten beträgt für In- und Ausland pro Vierteljahr 120,- Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg, Rosinenstr. 4.

Immer strebe zum Ganzen und laß dich nicht durch ein Ganzes werden
***** Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an *****

Inserate: Die 3spaltige Petitzeile für Geschäftsleute 30,- Mark, im Arbeitsmarkt 20,- Mark. Für arbeitssuchende Mitglieder ist der Arbeitsmarkt nach wie vor frei.

„Die Ameise“ erscheint jeden Samstag.

Die Arbeitszeitgesetze im Reichswirtschaftsrat.

Nachdem die Reichsregierung sich durch die Note vom 13. November 1922 bereit erklärt hatte, „alle erforderlichen und geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um insbesondere durch Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit zu einer Steigerung der Produktion zu gelangen“ und zu diesem Zwecke „insbesondere eine Neuregelung des Arbeitsrechts unter Festhaltung des Achtfünftages als Normalarbeitszeit und unter Zulassung gesetzlich begrenzter Ausnahmen auf tariflichem oder behördlichem Wege zur Behebung der Notlage der deutschen Wirtschaft“ in die Wege zu leiten, legte die Reichsregierung großen Wert auf eine beschleunigte Erledigung der beiden Arbeitszeitgesetzentwürfe für gewerbliche Arbeiter und für Angestellte im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat. Der Sozialpolitische Ausschuss des RMW hatte beide Vorlagen bereits in erster Lesung beraten bis zu den Kapiteln, betreffend Ausnahmen von der gesetzlichen Norm, über das die Meinungen stark auseinandergingen. Die Arbeitnehmer hatten beantragt, alle Ausnahmen, abgesehen von solchen infolge von Notfällen aus Naturereignissen oder Unglücksfällen, auf den Weg tariflicher Vereinbarung zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zu verweisen. Die Arbeitgebervertreter zeigten für diese Regelung weitgehendes Interesse, und so kam man überein, der Zentralarbeitsgemeinschaft Gelegenheit zur Herbeiführung einer Verständigung über eine gemeinsame Fassung zu geben. Die Verhandlungen in der hierfür eingesetzten Kommission haben aber zu einer Erwägung nicht geführt, da die Arbeitgebervertreter die tariflichen Vereinbarungen erst in letzter Linie wollten. Zunächst verlangten sie möglichst weitgehende gesetzliche Ausnahmen ohne behördliche Bewilligungen, und zwar auch für unerhebliche Störungen, für Verzögerungen oder Gefährdungen der Produktion, der Güterverteilung und der Erhaltung oder Sicherung von Werten aller Art. Sodann forderten sie Ausnahmen durch die Gewerbeaufsichtsbehörden bei außergewöhnlicher Häufung der Arbeit und für Saisongewerbe und Kampagnebetriebe, drittens Ausnahmen durch den Reichsarbeitsminister unter außergewöhnlichen Umständen, zur Ersparen von Brennstoffen, für Gewerbe mit bloßer Arbeitsbereitschaft, für gewisse Gewerbe bei Nacharbeit zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitszeugnissen und allgemein für die ersten drei Jahre aus Gründen des Gemeinwohls. Schließlich verlangten sie, daß die Ausnahmevorschriften für die Tarifverträge zwingend gemacht werden sollten und daß die Tarifverträge dabei Rücksicht auf die jeweilige wirtschaftliche Lage, die Bedürfnisse und das Gedeihen des Gewerbes nehmen müßten. Insbesondere seien diese Vereinbarungen über Ueberstunden der Gesamtkonjunktur des Landes, der Einzelkonjunktur des Gewerbes und den jeweilig wechselnden Bedürfnissen des Einzelbetriebes anzupassen. Endlich sollten die Tarifverträge Bestimmungen enthalten über die Arbeitszeit in gewissen Arbeitszweigen, in denen regelmäßig oder in gewissem Umfange bloße Arbeitsbereitschaft vorliegt.

Die Gewerkschaftsvertreter mußten natürlich eine solche Regelung ablehnen, die den Tarifverträgen nicht bloß die wesentlichsten Ausnahmen entzogen hätte, sondern ihnen auch einen Pflichtinhalt gab und damit die freie Vereinbarung eingeschränkt hätte. Jeder gesetzliche Tarifzwang ist für uns undiskutabel.

So kam die Angelegenheit ohne Verständigung an den Sozialpolitischen Ausschuss zurück, der sie, dem Wunsch des Reichsarbeitsministers entsprechend, in der Woche vom 4. bis 9. Dezember erledigte, um der Vollversammlung des RMW die Möglichkeit erdgültiger Verabschiedung vor Weisungen zu geben. Im Sozialpolitischen Ausschuss wurden beide Vorlagen im wesentlichen im Sinne der Arbeitnehmeranträge angenommen. Die §§ 18 bis 21a des Entwurfs, betreffend gewerbliche Arbeiter, erhielten dabei folgende Fassung:

§ 18. Die Vorschriften der §§ 5 und 6 gelten nicht für Arbeiter, die in Notfällen, insbesondere zur Verhinderung erheblicher Störungen bei nicht vorherzusehenden Unterbrechungen des regelmäßigen Betriebes durch Naturereignisse oder Unglücksfälle vorgenommen werden müssen. Die Bedingungen der §§ 10, 11, 12 und 16 gelten nicht für die Beschäftigung Jugendlicher von 14 bis 18 Jahren und für Arbeiterinnen im Falle einer nicht vorherzusehenden oder nicht zu verhindernden, sich nicht regelmäßig wiederholenden Betriebsunterbrechung, die auf höhere Gewalt zurückzuführen ist.

§ 19. Für bestimmte Gewerbe oder Gruppen von Betrieben und Arbeitnehmern sowie für einzelne Bezirke oder Orte können die zuständigen wirtschaftlichen Organisationen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer weitere Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 5 und 6 dieses Gesetzes vertraglich vereinbaren.

In diesen Bestimmungen sind die Stellen zu bezeichnen, denen die Bewilligung von Ueberstundenarbeit übertragen wird, ebenso die Stellen, die über Beschwerden, die sich aus solchen Vereinbarungen ergeben, entscheiden.

Der Inhalt solcher Vereinbarungen ist dem Reichsarbeitsministerium im schriftlichen Wortlaut mitzuteilen.

Der Wortlaut der Vereinbarungen ist vor dem Beginn der Ueberarbeit durch Aushang in den Betriebsräumen den Arbeitern bekanntzugeben.

Das Reichsarbeitsministerium oder die von ihm bezeichnete Stelle kann solche Vereinbarungen für allgemein verbindlich erklären.

§ 20. Besteht eine vertragliche Vereinbarung im Sinne des § 19, Abs. 1 nicht, so entscheidet über den Antrag auf Zulassung von Ueberarbeit die zuständige Schlichtungsbehörde.

Zuständig ist das Einigungsamt, wenn es sich um Ueberarbeit innerhalb seines Bezirkes handelt. Ueber Einprüche gegen diese Entscheidung entscheidet das Landeseinigungsamt.

Erstreckt sich die Ueberarbeit auf die Bezirke mehrerer Einigungsämter, so entscheidet das Landeseinigungsamt und, sofern der Bezirk des Landeseinigungsamtes überschritten wird, das Reichseinigungsamt nach den Vorschriften über die Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen endgültig.

§ 21. Der Arbeitgeber hat ein Verzeichnis zu führen oder durch eine verantwortliche Person führen zu lassen, worin jeder Tag, an dem Ueberarbeit stattgefunden hat, einzutragen ist. Aus den Eintragungen müssen Beginn und Ende sowie Dauer dieser Ueberarbeit, die Zahl der dabei beschäftigten Personen und die Art ihrer Arbeit sowie die Gründe für die Ueberarbeit ersichtlich sein. Das Verzeichnis ist den Gewerbeaufsichtsbeamten oder den Vergaauaufsichtsbeamten auf Erfordern vorzulegen.

§ 21a. Das Reichsarbeitsministerium kann in besonderen Fällen ein besonderes Schiedsgericht einsehen oder einen Streitfall an eine andere als die zuständige Schlichtungsbehörde verweisen.

Der Entwurf des Arbeitszeitgesetzes für Angestellte wurde ebenfalls dementsprechend gestaltet.

Der Mensch soll arbeiten, aber nicht wie ein Pflanz, das unter keiner Bürde in den Schlaf sinkt und nach der notwendigsten Erholung der erschöpften Kraft zum Tragen derselben Bürde wieder aufgestört wird. Er soll anständig, mit Lust und Freudigkeit arbeiten und Zeit übrig behalten, seinen Geist und sein Auge zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist.

Im Plenum des Reichswirtschaftsrats kamen die beiden Gesetzentwürfe am 13. bis 15. Dezember zur Beratung. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerabteilungen waren im allgemeinen gleich zahlreich vertreten. Es zeigte sich indes dabei, daß die Mehrheit der Abteilung 3, die aus Vertretern der Verbraucher, der freien Berufe, Beamten sowie aus besonderen, von den Ländern oder vom Reich herufenen Wirtschaftlern besteht, sich sehr stark für die von den Arbeitgebern vorgetragenen Rücksichten der Produktionsvermehrung und für Zulassung möglichst zahlreicher Ausnahmen geneigt erwies. Daß in der Generaldebatte der Abg. Max Cohen erneut seinen Standpunkt vertrat, Produktionssteigerungen durch Ausdehnung der gesetzlichen Arbeitsdauer herbeizuführen, sei nur beiläufig bemerkt. So kam es, daß die Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses trotz zähester Verteidigung seitens der Gewerkschaftsvertreter fast ausnahmslos mit allen Stimmen der Abteilung 1 gegen alle Stimmen der Abteilung 2 mit einer geringen Mehrheit aus Kreisen der Abteilung 3 umgestoßen und durch Arbeitgeberanträge ersetzt wurden. So wurden im § 4 von der Geltung des Gesetzes ausgenommen: die Familienangehörigen des Arbeitgebers, die in der See- und Binnenschifffahrt einschließlich der Raftbaggerbetriebe und des Hafenumschlags beschäftigten Personen sowie sämtliche Betriebszweige der Land- und Forstwirtschaft und des gesamten Gartenbaus (Gärtnerei), ferner alle Nebenbetriebe der Landwirtschaft und die mit der Landwirtschaft eng verbundenen Gewerbebetriebe (Schmied, Stellmacher, Sattler usw.). Beim § 5, der die Arbeitsdauer festsetzt, wurde hinzugefügt, daß bloße Arbeitsbereitschaft nicht als Arbeitszeit gelte, und daß Behrlinge außerhalb der Normalarbeitszeit täglich bis zu insgesamt einer Stunde zu Vorbereitungs- und Aufräumungsarbeiten herangezogen werden dürfen. Beim § 16 wurde die Regierungsvorlage wieder hergestellt, die für Pflichtfortbildungsschüler eine wöchentliche Arbeitsdauer von 54 Stunden einschließlich der Schulzeit zulassen will. Das Kapitel der Ausnahmen wurde ebenfalls im Sinne der oben skizzierten Arbeitgeberforderungen erledigt. Besonders bösartig ist der § 24 gegen die baugewerblichen Arbeiter gestaltet worden. Der Sozialpolitische Ausschuss hat für die mehr landwirtschaftlich betriebene Gärtnerei die in der Landarbeitsordnung festgesetzte Arbeitszeit von neun Stunden täglich oder 54 Stunden wöchentlich während acht Monate des Jahres zugelassen. Auf Arbeitgeberantrag wurden diese Ausnahmen auch auf das Baugewerbe einschließlich der Baunebengewerbe ausgedehnt.

Schließlich wurde der Entwurf in dieser Fassung gegen alle Arbeitnehmerstimmen und mit der Mehrheit der Stimmen der Abteilung 3 angenommen. Daraus gaben die Arbeitnehmervertreter folgende Erklärung ab: Nach parlamentarischem Gebrauch wäre nunmehr eine zweite bezw. dritte Lesung unumgänglich. Da die Abstimmung indes

gezelgt hat, daß alle Arbeitgeberstimmen sich für das Ergebnis der Plenarberatung, alle Arbeitnehmerstimmen dagegen für das Ergebnis der Beratung des Sozialpolitischen Ausschusses entschieden haben, so hat die Abteilung 3 durch ihre Abstimmung zugunsten der Arbeitgeberanträge die Entscheidung herbeigeführt. An diesem Ergebnis würden auch weitere Lesungen nichts Wesentliches ändern, da geringe Zufallsmehrheiten nach der einen oder anderen Seite die Bedeutung der geschlossenen Abstimmungen der Arbeitgeber bezw. Arbeitnehmer nicht erschüttern können. Die Arbeitnehmer verzichten daher, um dem RMW Zeit und Kosten zu ersparen, auf weitere Lesungen, unter der Voraussetzung, daß der Reichsregierung und dem Reichstag neben den Beschlüssen der Mehrheit der Vollversammlung auch die Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses als Votum der Minderheit des RMW und der gesamten Abteilung 2 unterbreitet wird. Diesem Verlangen wurde als selbstverständlich zugestimmt.

Es war die Absicht des RMW, auch noch das Arbeitszeitgesetz für Angestellte zu erledigen, und die Arbeitgeberseite hoffte, mit der gleichen Mehrheit auch hierbei ihre Anträge zum Beschluß zu bringen. Das Plenum hatte sich aber infolge der späten Nachmittagsstunde derartig gelichtet, daß die Beschlussfähigkeit zu befürchten war. Die Verhandlungen wurden daher beim § 4 abgebrochen und bis zum 9. Januar 1923 vertagt.

Am 16. Dezember wurde noch das Heimarbeitsentgeltgesetz im Sinne der Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses und unter Ablehnung eines Arbeitgeberantrages gegen eine Arbeitsverminderung angenommen.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Neuer Markttag. — Pfänderpolitik und Produktion. — Der leidende Teil. — Die Kohlenförderung des Ruhrgebietes. — Geringe Exportausfichten. — Die weltwirtschaftlichen Folgen.

Wenn es noch eines Beweises für die Nichtigkeit der Erfüllungspolitik bedurft hätte, so ist es die katastrophale Entwertung der Markdaluta, die mit der Antikindigung des französischen Einmarsches in das Ruhrgebiet einsetzte, die diesen Beweis erbracht hat. Am 9. Januar stellte der Dollarkurs von genau 10000 im Mittel einen neuen traurigen Rekord in der Sidakkurve der Valutabewegung dar. Dieser neue Sturz der Mark wirkt auf die deutsche Wirtschaft um so schwerer ein, als die letzten Wochen mit dem relativ stabilen Auslandswert der Mark erst die Möglichkeit boten, das Trümmerfeld zu übersehen, das der vorangegangene Niedergang der Mark geschaffen hatte. Unbeirrt stiegen die Preise weiter an. Die Kapitalnot verschärfte sich derart, daß wertbeständige, auf Roggen oder Kohle aufgebaute Anleihepapiere auftauchten und beim sparenden Publikum einen reißenden Absatz fanden. So sehr hatten die Banken ihre Kreditbedingungen verschärft, daß ein wachsender Teil der deutschen Produktion es vorzog, das Valutarisiko auf sich zu nehmen, anstatt sich den halbabschneiderischen Gepflogenheiten des normalen Bankverkehrs zu unterwerfen. Die Kapitalknappheit bedrohte die deutsche Produktion in gleicher Weise wie die entsetzliche Lähmung der Kaufkraft. Die Löhne hielten mit der Teuerung nicht Schritt. Ein immer weiterer Kreis von Waren schied aus dem Verbrauch aus, der früher in einem zivilisierten Land Selbstverständlichkeit war. Nur die dünne Oberschicht der Valutagewinner und Sachwertbesitzer, nicht zuletzt aber auch die deutsche Landwirtschaft, verstanden es, ihre Bezüge automatisch der Geldentwertung anzupassen. Die gewaltige Kluft zwischen Warenpreisen und Einkommen aber mußte dazu führen, daß der Inlandsabsatz ins Stoden kam. Das Wespenst der Arbeitslosigkeit aber nahm greifbare Gestalt an. Die Arbeitslosenziffer, die unter dem Einfluß der Valutakonjunktur mit ihren glänzenden Gewinnmöglichkeiten für Industrie und Handel sich längere Zeit weit unter dem Vorkriegsstand gehalten hatte, wurde zur greifbaren Erscheinung. Es fehlte wirklich nicht viel dazu, um im Zeichen konstanter Weltmarktpreise und damit auch unter dem Druck der oberen Preisgrenze, die die Konkurrenz des Weltmarktes schuf, diejenige Krise am inneren Markt herbeizuführen, die zwar die Arbeiterchaft zu schweren Opfern und damit in eine verschärfte Kampfstellung gegen das Unternehmertum zwang, die aber den Anfang der Genesung der deutschen Wirtschaft bedeutete hätte — die Liquidation der treibhausartig aufgeschossenen Neugründungen, soweit sie nur auf die Valutakonjunktur gebaut hatten, die Einschränkung des ins Ungemessene angewachsenen Apparates der Warenverteilung und der Geldinstitute, die Rückkehr zu gesünderen Kalkulationsbedingungen und damit auch zu einer Rationalisierung der Betriebe. Die Mark stürzt jetzt auf neue, der Export erhält einen neuen Anreiz, der Stillstand der Preise ist nicht abzusehen.

Ist damit die Krise vertagt? Scheinbar, und für eine Weile vielleicht auch wirklich. Sicherlich hat der Warenabfall durch die neue Warenausweitung einen Antriebscharakter, der sich binnen kurzem in einer Velebung der bereits stark zurückgegangenen Kaufkraft ausdrücken muß. Aber das Furchtbare an der gegenwärtig drohenden Wirtschaftsentwicklung ist die Tatsache, daß gleichzeitig die Produktionsmöglichkeiten in Deutschland durch die Besetzung des Ruhrgebietes außerordentlich eingeengt werden. Sinn und Zweck der Pfänderpolitik ist, das ging aus der französischen Gedenschrift zu den Pariser Verhandlungen deutlich hervor, die politische, zum allermindesten aber die wirtschaftliche Annexion. Frankreich hofft den deutschen Widerstand gegen die Zahlungsbedingungen des Reparationsprogramms dadurch zu brechen, daß es die Hand auf die wichtigsten Produktionsgebiete, Unternehmungen und Absatzorganisationen legt und so die französischen Erze mit der westfälischen Kohle zusammenbringt. Daneben wird auch der ausgesprochene Zweck verfolgt, unter allen Umständen durch das System der produktiven Pfänder eine Milliarde Goldmark der deutschen Wirtschaft abzugreifen, ohne Rücksicht darauf, wie die Zahlungen im übrigen sich gestalten. Daß diese Politik sich rächen muß, weil sie mit der wirklichen Zahlungsfähigkeit Deutschlands nicht in Einklang steht, daß ferner eine solche Politik der produktiven Pfänder die Ueberschüsse der deutschen Wirtschaft, die erst nach einer Stabilisierung der Mark überhaupt in Erscheinung treten können, vermindert anstatt vermehrt, und daß so die einzige Quelle, aus der überhaupt Reparationszahlungen fließen können, verstopft wird — alle diese von internationalen Sachverständigen bestätigten Tatsachen ignoriert die französische Regierung um des imperialistischen Endzieles willen. Der leidende Teil der verfehlten Maßnahmen sind gerade diejenigen Kreise des deutschen Volkes, die bisher schon die schwersten Opfer für eine Politik der Verständigung gebracht haben — die Kleinrentner, Invaliden und nicht nach ihnen Arbeitergehälter, und aus dem Hunger quillt der Haß, der noch nie produktionsfördernd gewirkt hat. So legt die französische Pfänderpolitik die Art an die Wurzel der deutschen Produktion. Daran wird nichts geändert, selbst wenn tatsächlich derjenige Teil der deutschen Kohlenförderung des Ruhrgebietes, der bisher der verarbeitenden deutschen Industrie zur Verfügung gestanden hat, vom Reparationskomitee oder von dem Ingenieur Ausschuss auf dem Papier freigegeben werden sollte.

Die deutsche Kohlenförderung des Ruhrgebietes stand vor diesem frevelhaften Streich Poincarés im Begriff, die Vorkriegsleistung wieder zu erreichen. Folgende Zahlen-tafel belegt dies außerordentlich eindringlich:

Jahr	Leistung in 1000 Tonnen	In Prozenten der Friedensleistung
1913	114 536	100,0
1914	98 260	86,7
1915	86 794	75,8
1916	94 163	82,2
1917	99 065	86,5
1918	95 942	83,8
1919	71 240	62,2
1920	88 256	77,1
1921	94 115	82,2
1922	97 350	85,9

Diese Steigerung der Kohlenförderung ist in erster Linie ein Verdienst der Bergarbeiter, die sich im Interesse des deutschen Volkes und des Friedens der Welt zu Ueberschritten bereitgefunden hatten, während in Frankreich Gruben feiern mußten und mit der Reparationskohle dem Kreditkapital gewaltige Gewinne zugeschanzt wurden. Die Bergarbeiter ließen sich nicht beirren von dem schweren Kampfe, den sie in den letzten Jahren mit dem Unternehmertum um die Gemeinwirtschaft im Kohlenbergbau und um die Verbesserung der Produktionsanlagen geführt hatten und in dem sie manche herbe Enttäuschung erlebten, weil es den schwerindustriellen Magnaten, die zugleich Beherrscher der Kohle sind, gewinnbringender schien, auf eigene Faust zu wirtschaften und ihre Profite in Unternehmungen anderer Industrien anzulegen. Es besteht kein Zweifel, daß nach der Besetzung des Ruhrgebietes den Bergarbeitern jeder Anlaß zu einer Mehrleistung genommen ist. Das wird in erster Linie aber wieder auf die deutsche Industrie zurückwirken, deren Rohstoffbasis damit aufs neue eingeengt wird.

Diese Einengung der Rohstoffbasis ist es auch, die befürchten läßt, daß die deutsche Industrie von den wachsenden Exportmöglichkeiten bei dem neuen Marktschluß nicht in dem gleichen Maße profitieren können, wie bisher. Die Industrie hat sich außerdem zu sehr auf die Goldpreise eingestellt, um noch mit dem Ausland bei sinkender Marktpreisbasis sich nicht nur auf die Kohle beziehen, liegt auf der Hand. Wohl wird deutsches Eisen, das im Ruhrgebiet unter der Herrschaft der franco-belgischen Herrschaft erzeugt wurde, wohl werden auch chemische Produkte, Textilwaren usw. weiter ihren Weg in das östliche Deutschland finden. Aber in demselben Maße, in dem Frankreich fortfährt, mit Gewaltmaßnahmen und Schikanen die westdeutsche Industrie zu schöpfen, um Reparationszahlungen verbuchen zu können — und das ist für Frankreich nach keinem Gegenstand mit England nicht so sehr eine wirtschaftliche, sondern eine Prestigefrage — also je mehr das eintritt, werden sich ähnliche Störungen im Warenverkehr zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Deutschland geltend machen, wie wir sie aus den Zeiten des internationalen Ein- und Ausfuhrkampfes in uns zur Genüge kennen.

Der deutschen Wirtschaft steht eine Zeit schwerer Leiden bevor, in der alle Besonnenheit aufgebracht werden muß, um zu verhindern, daß die nationalistische Welle in weitestem Maße eindringt und so den französisch-deutschen, der zugleich ein französisch-englischer Konflikt ist, noch weiter zur Rechten des deutschen Volkes entfacht. Die weltwirtschaftlichen Folgen des Konfliktes dürfen vorerst nicht über-

schätzt werden. Der französische Franken hat einen empfindlichen Stoß erlitten, der hoffentlich die Nachhaber an der Seine bald zur Selbstbesinnung mahnen wird. Im übrigen aber war in letzter Zeit trotz der Ausschaltung Deutschlands als Käufer am Weltmarkt die Weltwirtschaftskrise in Abflauen. Die Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten besserte sich zusehends, so daß dort jetzt allenthalben die Aufnahme der die Einwanderung von Arbeitskräften beschränkenden Gesetze gefordert wird. Nicht bezeichnend für die Entwicklung der letzten Jahre sind die folgenden Ziffern, die die Steigerung der Eisen- und Stahlerzeugung der wichtigsten Länder im letzten Jahre beleuchten:

Eisen- und Stahlerzeugung
in 100 englischen Tonnen — je 1016 kg:

Länder:	1913	1921	1922
Vereinigte Staaten	30 600 000	16 508 000	26 500 000
England	10 260 000	2 611 000	4 805 000
Frankreich	5 126 000	3 308 000	4 900 000
Belgien	2 428 000	862 000	1 560 000
Deutschland	19 000 000	6 096 000	6 500 000
Rußland	4 484 000	115 000	125 000

Rohstahl und Stahlguß:

Vereinigte Staaten	1913	1921	1922
England	7 664 000	3 626 000	5 800 000
Frankreich	4 614 000	3 010 000	4 365 000
Belgien	2 428 000	780 000	1 460 000
Deutschland	18 631 000	8 700 000	9 000 000
Rußland	4 760 000	161 000	215 000

In sämtlichen Ländern ist also die Eisen- und Stahlerzeugung gegen 1921 gestiegen. Die Gesamtwellerzeugung an Roheisen und Stahlguß erhöhte sich von 34,7 auf 49,8 Millionen englische Tonnen, die an Rohstahl und Stahlguß von 41,86 auf 61 Millionen Tonnen. Die Wellerzeugung bleibt gegen die Produktion von 1913 bei Roheisen noch um rund 25 bei Stahlguß um 13,6 Millionen Tonnen zurück. Dieser Rückstand entfällt aber ausschließlich auf die europäischen Länder. Die Vereinigten Staaten haben ihre Vorkriegsproduktion nahezu erreicht. Daraus geht hervor, wie die industrielle Konjunktur in Amerika sich gänzlich unabhängig von dem Niedergang, den die Weltwirtschaft über die europäischen Staaten gebracht haben, erholt hat. Inwieweit sie durch die Sanktionspolitik Störungen erleidet, läßt sich danach schwer voraussagen. Sicher ist aber, daß die übrigen am deutschen Handel interessierten Mächte von der verfehlten Politik Poincarés wirtschaftlich schwer in Mitleidenchaft gezogen werden. So zerstört imperialistischer Wahnsinn alle Möglichkeiten einer besseren Entwicklung der Weltwirtschaft und beschleunigt den Bankrott des kapitalistischen Systems.

Mitglieder! Wahrt Eure Rechte!
Zahlt Eure Beiträge in Höhe eines Stundenlohnes! In der Woche vom 21. bis 27. Januar ist der 4. Beitrag fällig.

Das erste Lohnabkommen im Jahre 1923.

Wie schon in Nr. 2 der „Ameise“ bekanntgegeben wurde, kündigte der Vorstand das laufende Lohnabkommen, so daß es am 7. d. M. abließ. Die beiderseitigen Verhandlungskommissionen trafen sich verabredungsgemäß am 10. Januar, um über den Abschluß eines neuen Lohnabkommens zu verhandeln. Unsere Verhandlungskommission, bestehend aus den Kollegen Karl, Appel, W. und Griesbach, hatte, vereint mit den am Verträge beteiligten anderen Organisationen, prozentuale Zuschläge zu den jetzigen Verdiensten gefordert.

Was die Unternehmer durch ihren Sprecher, Dr. Warnke, bei den letzten Verhandlungen in Dresden angekündigt hatten, jetzt endlich mit den Lohnhöhungen Schluß zu machen, sollte dieses Mal bei den Verhandlungen anscheinend in die Tat umgesetzt werden. Auf unsere Forderungen und deren Begründung antwortete der Unternehmervertreter, daß ihre Verhandlungskommission einmütig der Auffassung sei, der augenblickliche Lohnstand müsse unbedingt bis zum 15. Januar der alte bleiben. Ab 15. Januar seien die Arbeitgeber bereit, eine Zulage in ganz bescheidenem Umfange, aber auch nur auf ganz kurzfristige Zeit zu geben. Dr. Warnke bestritt die Notwendigkeit einer Verbesserung der Löhne in der feinkeramischen Industrie und begründete es damit, daß er die Löhne anderer Industrien mit denen der unsrigen verglich und dabei behauptete, daß unser Lohnstand über den der anderen hinausrage.

Ferner bewies die amtliche Statistik über die Lebenshaltungskosten, daß unsere Lohnhöhungen völlig gleichen Schritt gehalten hätten und ein Ausgleich also erfolgt wäre. Im übrigen seien die Sorgen der Industrie über die Ausschichten in der Rohstoffgewinnungsmöglichkeit sehr groß, und wenn vor Weihnachten keine Störungen zu vermeiden waren, so sei dieses jetzt der beste Zeitpunkt, um die Löhne zu vermindern. In der Textilindustrie seien jetzt sehr hohe Störungen gemeldet und durch die politische Unruhe werde sich wahrscheinlich eine weitere Störung bemerkbar machen. Auch hätten jetzt erst die Unternehmer bei ihren Kontobüchern gesehen, wie hoch die Ausgaben gegen Einnahme stehe, und nach diesem Stand seien sie überhaupt in der Lage, neue Zulagen zu gewähren.

Als, rezumierete Dr. Warnke: Wenn es bei dem augenblicklichen Lohnstand bis 15. Januar bleibt, dann marschieren die Porzellanindustrie immer noch im 1. Drittel der Reihe der Löhne aller anderen Industrien.

Unsere Vertreter forderten sofort Lohnhöhungen; auch sie konnten nur die Annahme eines Abkommens für kurze Zeit in Aussicht stellen. Es bedurfte der Ausbietung vieler Energie und Mühe, um den Unternehmern begreiflich zu machen, daß die Porzellaner unter allen Umständen einer Lohnzulage bedürften. Während der Verhandlung wurde von Unternehmenseite die Einsetzung eines Schiedsgerichts angeregt. Dazu kam es aber nicht, denn in letzter Stunde kam folgendes Abkommen zustande:

Auf Grund freier Verhandlungen ist folgendes Lohnabkommen zwischen den unterzeichneten Parteien vereinbart worden:

1. Der mit Wirkung ab 18. Dezember 1922 für alle Orts- und Überklassen geltende Effektivlohnzuschlag von 65 Proz. erhöht sich:
vom 8. bis 14. Januar auf 90 Proz.
ab 15. Januar auf 110 "
2. Von der Erhöhung sind ausgenommen die sozialen Zulagen und die Prämien.
3. Während des abgelaufenen Lohnabkommens gewährte Teuerungszulagen werden angerechnet.
4. Das Gehalt wird von 220 bzw. 400 Mk. auf 275 bzw. 480 Mk., das Uebernachtungsgeld von 450 auf 550 Mk. erhöht. Im übrigen bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.
5. Dieses Abkommen kann unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Tagen zum Wochenende, erstmalig zum 28. Januar 1923, gekündigt werden.

W a m b e r g, den 10. Januar 1923. (Unterschriften)

Die Christen haben in Bamberg auch wieder durch eine besondere Verhandlungskommission („Leerlaufkommission“) ein Lohnabkommen mit den Unternehmern abgeschlossen; es sieht zufälligerweise wieder u. a. eine einmalige außerordentliche Zulage. Erst stimmen sie uns bestimmt von unterrichteter Seite versichert wird, daß die Verlängerung des Lohnabkommens um eine Woche zu, um hierher eine außerordentliche Zulage zu verlangen. Dieses versteht wer will. Ferner wollten sie eine Erhöhung der sozialen Zulage. Unseren Standpunkt über die sozialen Zulagen haben wir verschiedentlich dargelegt. Er hat sich nicht geändert; im Gegenteil, seitdem die Ausgleichskasse bei den Unternehmern nicht mehr besteht, haben wir erst recht kein Interesse an den sozialen Zulagen.

Die Annahme des Lohnabkommens verteidigen die Christen damit, daß sie sagen: „Nachdem über die Genossen zugestimmt hatten, glaubten wir auch unsere Zustimmung nicht verlagen zu können.“ Aber warum denn so kleinmütig?

In Nr. 20 der „Keramarbeiterzeitung“ hieß es doch so großmütig: „Rückwärtslos und unbarmherzig werden wir die Schwächen der Porzellanarbeitervorbereitungspolitik offenlegen und noch mehr als bisher darauf bedacht sein, Tarifabschlüsse zu erzielen, die sich sehen lassen können.“

Weshalb sieht man denn die Tarifabschlüsse nicht? Wir wollen gleich darauf die Antwort erteilen. Weil die Organisation, die so großartig auftritt, in der feinkeramischen Industrie völlig bedeutungslos ist. In dem Bericht in Nr. 20 im Oktober schätzte sie sich auf ein Gehalt der gesamten Porzellan- und Steingutarbeiter, das wären ungefähr 7500. Im „Meißener Tageblatt“ ließ sie im November von 17 000 Verbandsmitgliedern schreiben. Wir wußten, daß dies christliche Klunkererei ist. Wir schätzten sie auf etwas über 2000 und tatsächlich ergaben unsere genauen Feststellungen 2374 christlich Organisierte in der feinkeramischen Industrie. Für diese paar „Männleins“ muß jedesmal eine teure Kommission Verhandlungen pflegen. Man braucht sich da nicht wundern, wenn selbst die Unternehmer von einer „Leerlaufkommission“ reden.

Schlechte Güter christlicher Moral.

Unser Weihnachtsartikel hat es der „Keramarbeiterzeitung“ angetan, sich gegen uns zu wenden. In der Polemik bringt sie folgende Sätze: „Erst knebelt man die Kirche in den verschiedensten Ländern, sagt sich von ihr los, verhöhnt und verspottet ihre Diener und Einrichtungen und dann macht man die Kirche verantwortlich für unerwünschte Zustände.“ Dann wird der Sozialdemokratie die Wirtschaft an der tieferen Moral ausgehoben und gefragt, welcher Sozialismus die wahre Liebe von Mensch zu Mensch und von Volk zu Volk bringen soll. Zuletzt wird noch der traurige Mut aufgebracht und die unwahre Beschuldigung erhoben, „in Ludwigshafen habe sozialdemokratische Liebe kurz vor Weihnachten 20 000 Menschen ins Elend gestürzt.“

Jeder Mensch im gewerkschaftlichen Leben weiß, daß die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften den Ludwigshafener Streik in der Badischen Anilin- und Sodafabrik nicht geführt und nicht gebilligt, sondern in aller Schärfe Stellung dagegen genommen haben.

Nun kommt ausgerechnet das Blatt einer sich christlich nennenden Gewerkschaft, die „Keramarbeiterzeitung“, behauptet das Gegenteil und spielt sich damit als Hüterin christlicher Moral auf. Dieser kann der Umstand der „Keramarbeiterzeitung“ wohl kaum mehr finnen. Mit Wischen müßten sich wahre Christen von einem solchen Blatt abwenden, das ihrer Glaubensanschauung einen so schlechten Dienst erweist.

Kirchen, die so wirkende Güter und Güterinnen um sich bulden, brauchen sich wahrlich nicht wundern, wenn viele tief religiös veranlagte Menschen ihr die Gefolgschaft verweigern.

Der Gewerkschaftler N. Sch. im „Tirschenreuther Volksboten“ und der „Waldassener Grenzzeitung“ hat anscheinend auch noch keinen Blick über die Oberpfälzer Grenzen hinaus getan, sonst würde er nicht so einfältiges Zeug schreiben. Ob der Mann weiß, daß die Menschheitsgeschichte schon Jahrtausende vor der christlichen Zeitrechnung bestand, und daß nur ein Bruchteil der Erdbevölkerung dem christlichen Kirchenglauben huldigt, möchten wir schier bezweifeln. Ebenso wenig scheint er die Unterschiede zwischen Religion und Kirchenglauben zu kennen. Wer die Grundwahrheiten des Christentums verhöhnt, kann der Schreiber am besten aus dem obigen Beispiel aus der „Keramarbeiterzeitung“ erleben. Danach wird es offenbar, daß es nicht auf den äußeren Sch in ankommt, sondern auf das Handeln im Sinne des edlen Nazareners. Seine Ausführungen bewegen sich nicht in christlichen Rahmen, sonst könnte er es nicht hinstellen, als hätten sich schon sozialistische Ideen und ihre Auswirkungen als hohle, unbrauchbare Phrasen erwiesen. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß sich Sozialdemokraten bei ihrer Arbeit für das Volk viel weniger als unfähig erwiesen als die ehemals gekränkten Führer und angeblichen Schützer der Kirchen. Der gute Mann kann versichert sein, daß es viel besser um uns alle stünde, wenn alle ein kirchliches Glaubensbekenntnis in der Tasche habenden Leute nach den christlichen Geboten handeln würden. Das ist der Kernpunkt. Weil nicht danach gehandelt wird, vor allem von vielen, die sich den Anschein geben und immer ihr alleiniges Anrecht hervorheben, deshalb muß stets bei passenden Gelegenheiten auf die Widersprüche des Tuns und der Lehre hingewiesen werden. Alle, die es mit ihrem a h r e n Christentum ehrlich meinen, begreifen das, nur nicht die, die in Wort und Schrift gegen unsere ehrliche Kritik zur Läuterung der Religionen Stellung nehmen.

Mehr brauchen wir zu den Ausführungen des N. Sch. nicht zu sagen.

Polmarcs Kriegszug.

In der zweiten Januarwoche ließ der französische Ministerpräsident Polmarc ein Heer bewaffneter Soldaten ins Ruhrgebiet einmarschieren, um Deutschland zu zwingen, seinen angeblichen Verfehlungen nachzukommen. Sie sollen darin bestehen, daß Deutschland nicht genügend Kohle und andere Sachen geliefert habe, wie die Versailleser Verträge vorschrieben. Dabei waren die Truppen schon in Bereitschaft, ehe die Feststellungen getroffen wurden. Man ersieht daraus die offenkundige Gewaltmaßnahme des übermütigen Siegers, der mit Waffengewalt aus Deutschland herauszuholen will, was nicht in so hohem Maße vorhanden, wie er meint. Recht komisch wirkt bei den brutalen Vorgängen in dem friedlichen Ruhrgebiet die Begründung: Die Soldaten mit Maschinengewehren, Panzerautos, schwerer Artillerie und Tanks hätten nur die Aufgabe, die Ingenieurkommission bei ihren Kontrollmaßnahmen zu schützen. Damit kann freilich nicht die Tatsache aus der Welt geschafft werden, daß die Mächthaber Frankreichs die Absicht haben, während des Wirtschaftszusammenbruchs Deutschlands in Besitz zu nehmen.

Die französische Maßnahme hat fast die ganze Welt in Erstaunen gesetzt und manche Stimmen der Entrüstung sind zu bemerkenswerthen Augenblicken durch den Reichstag in den Strafenbräuern der Welt geäußert. Deutschland hat keine andere Waffe als den schärfsten Protest. Er ist erfolglos. Auch die sozialistische Arbeiterkategorie der Entente läßt sich nicht durch die Gewaltmassen zum Einverständnis bringen. Eine Aenderung und ein Stimmungswechsel in Deutschland wird sich nur langsam vollziehen. Es hängt ganz von seiner Haltung ab. Wenn nicht törichte Wünsche in Deutschland den Franzosen Wasser auf ihre Mühlen liefern und dem Lande in der unglücklichsten Zeit Schwierigkeiten bereiten, muß die widerrechtliche Vespergewalt eines deutschen Landesheerführers in Frieden von einem Weltforum rückgängig gemacht werden. Das internationale Proletariat hat dabei den Hauptanschlag zu geben.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten und Störungen in der allgemeinen Lebensversorgung, die ohnehin mangelhaft war, werden durch die Schüsse der deutschen Industrie, die nur 60 Proz. ihres eigentlichen Kohlenbedarfs erhalten konnte, auch ungünstig beeinflusst werden und das um so mehr, als auch die Wirtschaftliche Krise wieder im Steigen begriffen ist und die Wirtschaftliche Krise wieder im Steigen begriffen ist und die Wirtschaftliche Krise wieder im Steigen begriffen ist.

Über trotz aller Trübsal dürfen wir die Köpfe nicht hängen lassen. Gewalt ging wohl meist vor Recht, jedoch nie auf lange Dauer.

Abermals Erhöhung von Geldbeträgen in der Unfallversicherung.

Raum das erst unter dem 12. September 1922 eine Verordnungsüber Erhöhung von Geldbeträgen in der Unfallversicherung ergangen ist, bringt das „Reichsgesetzblatt“ vom 22. Dezember eine erneute beratende Verordnung, die als „zweit.“ bezeichnet wird. Man scheint deshalb damit zu rechnen, daß noch weitere solche Maßnahmen notwendig sind. Das wird natürlich ganz von dem Gange der weiteren Geldentwertung abhängen, die auszugehen der Zweck der Verordnung ist.

Während bekanntlich, wie in der sozialen Versicherung überhaupt, so auch in der Unfallversicherung, die Arbeiter, Gehilfen, Lehrlinge usw. ganz ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Arbeitsverdienstes der Versicherungspflicht unterliegen, sind die Betriebsbeamten, Werkmeister usw. nur versichert, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst eine gewisse Grenze nicht übersteigt. Diese ist jetzt auf zwöftshunderttausend Mark festgesetzt worden. Die Versicherungspflichtigen, also die Träger der Unfallversicherung, können durch Bestimmungen in ihren Satzungen noch darüber hinausgehen. Die Unfallrente wird nach dem Entgelt berechnet, den der Verletzte während des letzten Jahres im Betriebe bezogen hat (Jahresarbeitsverdienst). Soweit dieser eine gewisse Höhe übersteigt, wird der überschüssende Teil nur mit einem Drittel angerechnet. Diese Grenze ist jetzt auf dreihundertachtzigtausend Mark festgesetzt worden. Wer also 600 000 Mk. verdient hat, dem wird von dem Mehrbetrag von 240 000 Mk. nur ein Drittel, also 80 000 Mk. angerechnet, so daß sein Rentenbemessung nur ein Jahresarbeitsverdienst von 440 000 Mk. zugrunde gelegt wird. Hier von wird erst wieder die „Vollrente“ berechnet, die im Falle gänzlicher Erwerbsunfähigkeit gewährt wird, und die zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes beträgt. In unserem Beispiel also rund 294 000 Mk. Bei nur teilweiser Erwerbsunfähigkeit wird der in Hundertteilen ausgedrückte entsprechende Teil der Vollrente gewährt, z. B. bei dem Verlust eines Auges 25 bis 33¼ vom Hundert.

Bei Tötung eines Versicherten durch Betriebsunfall wird als Sterbegeld der fünfte Teil des Jahresarbeitsverdienstes gewährt. Es muß sich jedoch nunmehr mindestens dreißigttausend Mark sein. Beträgt eine Rente auf das Jahr nicht mehr als sechstausend Mark, so ist sie nicht in monatlichen, sondern in vierteljährlichen Beträgen im voraus zu zahlen. In der Vermögensverwaltung bedürfen Grundstücksan- und -verkäufe nur erst dann der Genehmigung, wenn es sich um Objekte von mehr als 400 000 Mk. handelt.

Die Neuerungen sind sofort mit dem Tage der Verkündung der Verordnung, das ist mit dem 22. Dezember 1922, in Kraft getreten. Die neue Art der Berechnung der Unfallrenten hat für alle Unfallfälle Anwendung zu finden, die sich nach dem 30. November 1922 ereignet haben oder noch ereignen werden. Bei der Festsetzung der Leistungen werden die auch vor dem Inkrafttreten der Verordnung bezogenen Entgelte nach den neuen Vorschriften berücksichtigt. Hinsichtlich der Feuerzusulagen für die in früheren Zeiten festgesetzten Unfallrenten bleibt es bei den letzten Änderungen, die am 1. Oktober 1922 eingeführt wurden. Nach diesen sind die Renten von mehr als 33¾ v. S. der Vollrente nach einem Mindestjahresarbeitsverdienst zu berechnen. Es ist aber auch hier eine baldige Verbesserung notwendig.

Friedr. Klees.

Betreffend Bau eines Verbandshauses.

Ich habe während meiner 17jährigen Mitgliedschaft in der Verbandsgemeinschaft erlebt, was mich bestimmte — ich war tätig. Heute aber kann ich nicht schweigen. „Unerbört“, rief ich, als ich die Neuhausarbeiten der „Ameise“ durchlas und die Ausführungen über den Neubau eines Verbandshauses zu Gesicht bekam. Danach hat der Verbandsbeitrag in einer Sitzung am 2. Oktober 1922 beschlossen, ein Verbandshaus zu bauen, um dem Mangel der zu eng gewordenen Büroräume abzuhelfen, andererseits um Wohnungen zu schaffen für die in der letzten Generalversammlung zum Vorschein gekommenen Verbandsangehörigen. An sich ist der Gedanke für ein solches Unternehmen nicht schlecht (wenn die Mitglieder damit einverstanden sind).

Es ist doch Aufgabe eines jeden Verbandsleiters, die eingehenden Gelder, soweit es die Verhältnisse gestatten, nutzbar anzulegen, was bei der heutigen Entwertung uneres Geldes schwierig ist. Aus diesem Umstand unserer ungesicherten Währung ergeben sich aber auch die Bedenken, die sich beim Bau eines Hauses entgegenstellen. Selbst wenn eine Baufähigkeit vorhanden ist, bleiben immer noch die stetlich steigenden Preise für Materialien und Löhne. Es taucht aber auch die Frage auf: Woher nehmen wir Geld für bevorstehende Kämpfe?

Wenn man Verbandsgelder praktisch anlegen wollte, hätte man doch Gelegenheiten, event. die Einkaufsstellen des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes zu unterstutzen, zumal diese durch die Entziehung der von Reichsseite geleisteten Unterstützung in Höhe von 20 Millionen Mark in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Alles dies wurde in einer am 18. Oktober 1922

stattgefundenen Zahlstellenversammlung der Zahlstelle Berlin ausführlich diskutiert. Man ersparte auch dem Vorstand den Vorwurf nicht, daß er in der Generalversammlung bei der Neuwahl der Beamten nicht auf die Wohnungsnot in Berlin aufmerksam gemacht hat. Es wurde ferner der Vorschlag gemacht, event. den Sitz des Vorstandes nach Mitteldeutschland zu verlegen, wenn die Räume hier zu eng werden. Ich hatte mir selber erdreistet, den Vorschlag zu machen (wenn man durchaus ein Haus bauen will zwecks Sicherung unserer Gelder), ein Erholungsheim für kranke Porzellanler zu schaffen.

Kurzum, unser Verbandsleiter Herrden, der sich selbstverständlich für das Projekt aussprach, hielt es nicht für notwendig, die Mitglieder zu erklären, daß die Maurer schon bei der Arbeit sind; vielmehr erklärte er, daß viel „Blech“ gerebet worden sei. Heute verstehe ich seine Worte; denn eine Versammlung, die Stundenlang über ein Unternehmen diskutiert, das schon im Bau begriffen ist, kann sich doch bloß aus Schwachköpfen zusammensetzen; wohlmerkt, wenn sie von der Inangriffnahme des Baues informiert ist. Da dies nicht der Fall war, stelle ich es den Lesern anheim, wie sie das Gebaren des Vorstandes beurteilen. Versteht ein Mitglied gegen Beschlüsse, so wird es ausgeschlossen. Was geschieht hier? Meines Wissens war nicht nur die Zahlstelle Berlin in der Mehrheit gegen den Bau, sondern auch, wie ich aus der „Ameise“ ersehen habe, der übergroße Teil der anderen Zahlstellen. Vielleicht äußern sich auch diese.

Anmerkung der Redaktion: Kollege Herrden geht ein, daß der Verband für ein solches Unternehmen nicht schlecht ist, und wendet sich doch dagegen. Das paßt nicht gut zusammen. Er stellt es so hin, als wären die Mitglieder nicht damit einverstanden gewesen und bezieht den Hausbau als einen Verlust gegen Verbandsbeschlüsse. Das ist ein starkes Stück! Demgegenüber muß festgestellt werden, daß der Vertritt seinen Beschlüssen ein Haus zu bauen, mit großer Mehrheit gefast hat, und daß dieser sofort vom Bureau in die Tat umgesetzt wurde. Kollege Herrden müßte doch wissen, daß bei einer Verlegung des Verbandsbüros nach Mitteldeutschland noch größere Wohnungsschwierigkeiten entstanden wären, als beim Umzug der vier Neugewählten nach Berlin. Ein Erholungsheim für kranke Porzellanler ist gewiß angebracht, aber eine weniger einträglichere Quelle und Sicherung als ein Bureau und Wohnhaus. Bei einer Festlegung unserer Mittel in den Einkaufsstellen des DWSB wäre ja auch das Geld nicht für kommende Kämpfe frei. Diese Gegenstände wird hoffentlich das jüngste Verbandsmitglied begreifen.

An die Beitragscheuen!

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ —
So hört man diesen oder jenen sagen.
Wer dieses sagt, bedeutet nicht, was er spricht,
Er will gewinnen, ohne was zu wagen.
Ein jeder Wenig tut ihm bitter leid,
Der nicht als Gold in seinen Schnapsfaß gleitet,
Doch nicht als er gerne ohne Dankepaß,
Was der Verband ihm mäßigoll erstreitet.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ —
Ein Wort für wahr, das seinen Sprecher rühmt,
Ist es dir gleich, wenn dein Verbaud zerbricht?
Dann kommt die Zeit, wo wiederum ein eink
Die Willkür wird ob deiner Ohnmacht höhnen,
Dann laßt der Hölle, wenn du klagst und weinst,
Dann wird er noch aus Aushen dich gewöhnen.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ —
Kann man mit Männern, die dies Wort betonen,
Die Welt erobern, Freude, Brot und Licht,
Wenn sie ein Opfer darzubringen scheuen?
Nur wer sein Opfer scheut, besitzt das Recht,
Sich an den Tisch des Lebens hinzusetzen.
Drum gilt es, Freund, im täglichen Geleht
Das Schwert der Tat mit Opferfing zu wehen!
Witfar Kalinowski.

Wirtschaftliches.

Unternehmerverdienste. Die Wandererwerte in Chemnitz haben im letzten Geschäftsjahr, das am 30. September 1922 schloß, bei dem Aktienkapital von 33 Millionen einen Reingewinn von 95,47 Millionen Mark aufzuweisen. Der Reingewinn ist um 78 Millionen gegenüber 1920—1921 gestiegen und beträgt fast das Dreifache des Aktienkapitals. Der Bruttogewinn beträgt 219 Millionen Mark, ist etwa 6mal so hoch als im Vorjahr, wobei noch hinzugerechnet werden muß, daß 42 Millionen für Steuern und 12 Millionen für das Werksvergnügungsfonds vorher abgeschrieben wurden. Vom Bruttogewinn werden 21,6 Millionen abgeschrieben gegen 4,4 Millionen im Vorjahr. Die Maschinen, Neubauten werden fast vollständig durch Abschreibungen aufgehoben. Es werden 50 Proz. Dividende nebst einem Bonus von 1000 Mk. ausbezahlt. Außerdem wird ein zweiter Reserverfonds mit 25 Millionen Mark gegründet.

Von der Keramikindustrie.

Preiserhöhungen. Der Verband deutscher Elektrotechnischer Porzellanfabriken hat die Verkaufspreise für Elektrospannungsmaterial aus Porzellan und Steatit ab 8. Januar 1923 bis einschließl. 25. Januar 1923 von 6000 Proz. auf 7200 Proz. erhöht.

Kapitalerhöhung. Die „Keramag“, Keramische Werke, Akt.-Ges., Weiningen, erhöht ihr Aktienkapital durch 20 Millionen neue, ab 1. Januar 1922 dividendenberechtigten Aktien auf 35 Millionen Mark. 15 Millionen Mark werden den Aktionären 1 zu 1 zu 150 Prozent (am 5. Januar standen sie auf 9000) angeboten und 5 Millionen Mark für die Gesellschaft bestes verwertet. Vom Geschäftsjahre wird gesagt, daß er weiter recht befriedigend sei. Die Dividende für das beendete Geschäftsjahr 1922 sei erheblich höher als die 20 Prozent im Vorjahre zu erwarten.

Französische Maßnahmen. Nach der „Frankfurter Zeitung“ hat die französische Regierung der bekannten Firma Billeroy & Koch im Saargebiet folgende Forderungen gestellt:

1. Überführung von 60 Proz. der Geschäftsanteile in französischen Besitz.
2. Aufnahme von Franzosen in die Leitung der Werke.
3. Einführung der Frankföhnung.

Dazu bemerkt das Blatt:

„Der dritten Forderung konnte aus naheliegenden Gründen nicht widerstanden werden. Das Eigentum der Firma befindet sich mit Minderheitsanteilen seit Eignet in französischem Besitz. Die Familie Billeroy hat immer französische Staatsangehörigkeit beibehalten; sie hat aber weder die Unterstützung noch die Leitung der Werke, und es besteht, wie wir hören, auch nicht die Absicht, hierin eine Aenderung einzutreten zu lassen. Ebensovwenig ist sonstige eine Erfüllung der Punkte 1 und 2 der französischen Zumutung geplant.“

Diese feste Haltung der Firma Billeroy & Koch verbietet wärmste Anerkennung im Interesse der Deutschhaltung ihrer großen Werke. Was aber sagt man in England und Amerika zu einer so unerbüllten Maßnahme des wirtschaftlichen Imperialismus auf Seiten der französischen Regierung?

Multiplikator 20. Die Porzellan- und Keramikfabriken haben den Multiplikator auf 20 festgelegt. Der vorherige war 70. Der neue Preis gilt ab 12. Januar 1923.

Kronach. Die Porzellanfabrik Frauenthal Merano, hat nach einer Zeitungsmitteilung von ihren 5 Millionen Aktien zu hohem Kurse sowie an eine Bankgruppe verkauft, daß mit diesem Teilbetrag das vorgelegene Bauprogramm bezahlt werden kann. Am 12. Januar sprangen die Aktien der genannten Firma im freien Verkehr bis 11 000. — Ihnen gegenüber standen Linaburger Steingut auf 15 000, Guldententher Porz. auf 11 900, Lorena Steingutenther auf 20 000, Mahla Porz. auf 15 000, „Keramag“ auf 13 000, Norddeutsche Steingut auf 15 000, Mosenthal auf 19 000, Schomburg & Söhne auf 13 200, Steingut Cobitz auf 11 000, Tritsch auf 13 800, Wolfst. hier auf 8000 und L. Wessel auf 10 100 Mk.

Aus unserem Beruf.

Eiberfeld. Bei der Firma Schulze & Wehrmann, Emailierwerk Eiberfeld, brohen ernste Differenzen auszubrechen. Die Emailierschiffmaler stehen seit dem 14. Dezember 1922 um Anerkennung des Porzellanarbeiter-Tarifes mit obiger Firma in Verhandlung, die bis jetzt kein Resultat ergaben. Wir bitten die Kollegen allerorts, Arbeitsaufnahme nach hier zu vermeiden und Streikarbeit, die eventuell an befreundete Emailierwerke kommt, abzulehnen. Wir besitzen sichere Beweise, daß vor zwei Jahren Schilderkommissionen nach Taucha bei Leipzig und Gernersheim vergeben wurden. Ausführlicher Bericht erscheint noch.

Kronach (Wobensee). In der Porzellanmanufaktur Alt-Kronach herrschen unerfreuliche Zustände. Das Geschäft befindet sich in einem chemaligen Langtotal eines Kaffeehauses, das jetzt zugleich Maler-, Schneide-, Raderei und Lagerhaus ist. Lüften und nasses Aufwischen sind dort unbekannt. Die Maler können oftmals vor Kälte nicht arbeiten. Regelmäßiges Arbeiten ist gar nicht möglich. Dazu kommt noch der ständig überbelastete Arbeitgeber Wölbe mit einem anmaßlichen Besen und der am Geschäft beteiligte Nachkollege Böhmel. Da die Firma in der „Ameise“ schon mehrmals Maler gesucht hat — wir bekommen jetzt erst von den Zuständen Kenntnis — werden arbeitsuchende Kollegen guttun, den Betrieb zu meiden.

Kronach. In der „Frankfurter Zeitung“, Woyneuth, finden folgende Zeilen: Im Kronach Werke der Firma Wb. Mosenthal & Co. ist nicht alles, wie es sein sollte. Wir wollen zunächst nur die Behandlung der Angestellten und Arbeiter herausgreifen. Letztere werden im großen und ganzen ziemlich anständig behandelt. Dafür sorgen die Arbeiter schon selbst. Bei den Angestellten dagegen bleibt in dieser Hinsicht sehr viel zu wünschen übrig. Hier ist die Behandlung beschuldigt. Was das bedeutet, wissen die Betroffenen am besten. Daß die Angestellten die Hauptrolle an diesen unwürdigen Zuständen tragen, muß leider konstatiert werden. Von den Angestellten wird selten einmal einer mit seinem Namen gerufen. Da heißt es stets: „Sie, Sie, hören Sie mal!“ Wären da nicht große Nummern auf dem Rücken zu empfehlen, wenn man die Namen nicht merken kann oder will? Ein Kippstich könnte event. auch genügen. Ab und zu wird einmal einer angebrüllt, daß er gleich alle Tiere von sich stred! Deutschnationaler Verkehr! Haden zulammen! Stillstehe! Manhalten! Bedauerlicherweise stehen die Angestellten unter einem förmlichen Epithelstich, das sogar in das Privatleben übergreift. Der Epithel ist und bleibt ein Lumb, und wer sich solcher Kreaturen bedient, möge den logischen Schluß für sich selbst ziehen. Wo soll da Achtung und Autorität herkommen? Wie kann sich in solcher Atmosphäre ein Charakter entwickeln und bilden? — Zweifellos leidet die im Betrieb so oftentatig zur Schau getragene Autorität nicht wenig darunter, wenn sich die leitenden Persönlichkeiten beim Meinungsauustausch berart erheben, daß Scherben fliegen, für die vermutlich ein eigenes Konto errichtet ist. Doch — das ist Privatfache der Olympier, nach der bekannten Melodie: „Ei, du lieber ...!“ Das mögen ja nette Zustände sein.

Mengraderuth. Die in der hiesigen Porzellanfabrik beschäftigte 25jährige Arbeiterin Jenny Kozmann aus Bischofshofe kam in die Transmigration und erlitt derart schwere Verletzungen, daß der Tod sofort eintrat.

Die Postgebühren ab 15. Januar.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 15. Januar 1923 an im Post-, Postfach- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

Für Postkarten im Ortsverkehr bis 20 Gramm 20 Mk., im Fernverkehr bis 20 Gramm 50 Mk., für Druckfächer bis 25 Gramm 10 Mk., über 25 bis 50 Gramm 20 Mk., über 50 bis 100 Gramm 30 Mk., über 100 bis 250 Gramm 50 Mk., über 250 bis 500 Gramm 70 Mk., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 90 Mk., für Ansichtskarten 10 Mk.

Für Pakete	Nahzone	Fernzone
(neu eingeführt Vorstufe) bis 3 kg	200 Mk.	400 Mk.
über 3 bis 5 kg	300 "	600 "
" 5 " 6 "	350 "	700 "
" 6 " 7 "	400 "	800 "
" 7 " 8 "	450 "	900 "
" 8 " 9 "	500 "	1000 "
" 9 " 10 "	550 "	1100 "
Setzungspakete bis 5 kg	150 "	300 "

Für Postanweisungen bis 1000 Mk. 30 Mk., über 1000 bis 5000 Mk. 40 Mk., über 5000 bis 10 000 Mk. 60 Mk., über 10 000 bis 20 000 Mk. 100 Mk. (Reistbetrag ist von 20 000 Mk. auf 50 000 Mk. erhöht). Für die Rohrpostkarte 80 Mk., für den Rohrpostbrief 100 Mk. Die Einschreibgebühr ist auf 40 Mk., die Vorgebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 25 Mk. festgelegt. Im Telegraphenverkehr sind die wichtigsten Gebühren für Ferntelegramme: Grundgebühr 80 Mk., und außerdem für jedes Wort 40 Mk., für Cistelegramme: Grundgebühr 40 Mk., und außerdem für jedes Wort 20 Mk. Die Auslandsgebühren betragen für Postarten 90 Mk., für Briefe bis 20 Gramm 150 Mk., jede weiteren 20 Gramm (Reistgewicht 2 Kilogramm) 75 Mk., für Druckfächer für je 50 Gramm 30 Mk., für Geschäftspapiere für je 50 Gramm 30 Mk., mindestens 150 Mk., für Warenproben für je 50 Gramm 30 Mk., mindestens 60 Mk., Einschreibgebühr 40 Mk.

Schildermlerabkommen.

Der Abschluß des Sanuarabkommens für Berlin-Charlottenburg war wieder einmal eine Geburt mit Schwierigkeiten. Wir sind das von unieren Arbeitgebern, die stets zum Ausdruck bringen, daß die schwere Lage ihrer Arbeitnehmer das vollste Verständnis zu haben, schon hinreichend gewohnt. Von uns verlangt man sters, daß wir in Punkt Lohn ein Loch um das andere zurückdecken, um die Branche lebensfähig zu erhalten; wünschenswerter wäre es aber und in der jetzigen schweren Zeit in der Lagefrage keinem zum Einreden, wenn die Unternehmer ihre Sucht nach Profit ein wenig eindämmen würden. Wir unterbreiteten dem BBE bereits vor Weihnachten eine Forderung von 425 Mk. für die erste Hälfte und 500 Mk. in der Spitze für die zweite Hälfte Januar. Summen, die unter Berücksichtigung der damaligen Verhältnisse keinesfalls zu hoch erschienen waren. Man hätte also annehmen müssen, daß sozialbedenkliche Unternehmer dieser Forderung ohne jede Verhandlung ihre Zustimmung geben würden. Aber weit gefehlt! Früherer Lohn war 300 Mk. Man bot 350 Mk. für die erste Hälfte, 400 Mk. für die zweite Hälfte Januar für Schriftmaler 1. Klasse und Anmader, für Maler 2. Klasse und Helfer 10 Mk. weniger. Früher betrug die Spanne 5 Mk. Unsere Tarifkommission

lehnte dies ab, glaubte aber die Sätze 400 resp. 450 Mk. vor den Kollegen vorzutragen zu können. Aber so human waren unsere Unternehmern nicht einmal. Sie zogen sich über diesen Vorschlag zur Beratung zurück und erklärten sodann, als letztes und äußerstes Angebot ihrerseits die Sätze von 370 resp. 420 Mk. Das konnten wir nicht schlucken. Die Kartellversammlung vom 11. Januar 1923 lehnte dieses Angebot dann auch ab, beauftragte aber ihre Tarifkommission, ein sofort telephonisch eingeholtes Zugeständnis des Herrn Vorkensdorff von 380 Mk. für die erste, 400 Mk. für die zweite Hälfte Januar, mit einer Spanne von 10 Mk. für die 2. Klasse und Annahmehelfer, für das Herr Vorkensdorff bei seinen Kollegen einzuflehen versuche, zu unterzeichnen. Somit beträgt also der Lohn für die erste Hälfte Januar in der 1. Klasse 380 Mk., in der 2. Klasse 370 Mk., für die zweite Hälfte Januar in der 1. Klasse 400 Mk., in der 2. Klasse 420 Mk. Ob diese Sätze bei der sprunghaftesten Vertenerung der Lebensmittel, die gerade in diesen Tagen eingeleitet hat, ausreichen werden und nicht doch noch höheren Sätzen Platz machen müssen, ist ein Kapitel für sich.

Die Branchenleitung.

Versammlungsberichte.

Kama. Die Bahntellenversammlung vom 10. Januar beschäftigte sich mit dem Lohnabkommen vom 12. Dezember. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß das unbefriedigende Abkommen am 31. Dezember hätte gekündigt werden müssen, da während der genannten Zeit die Lebensbedürfnisse weiter im Preise gestiegen waren. Die Stimmung wurde in folgender Entscheidung zusammengefaßt: „Die Bahntellenversammlung vom 10. Januar protestiert ganz energisch, daß das Lohnabkommen am 31. Dezember vom Hauptvorstande nicht gekündigt wurde. Gründe: Fortwährende enorme Steigerung der Lebensmittel und sonstigen Sachen.“

Kloster Weilsdorf. In der Bahntellenversammlung im Dezember protestierten die Anwesenden gegen das Lohnabkommen vom 11. Dezember. Künftig soll bei Verhandlungen über den Lohnsatz dahin gewirkt werden, die Löhne nach dem Goldwert zu erhöhen. Die Verwaltungswahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Den seitherigen Unterfasserern wurde das Vertrauen ebenfalls wieder geschenkt. Für den Betrieb II wurde als Unterfasserer Kollege Frankl-Hoffmann bestimmt. **Katzen.** Die Generalversammlung der Bahntelle gab dem am Jahresende zurückgetretenen Vorstande Entlastung. Die Neuwahl ergab die Gesamtheit des alten Vorstandes, wodurch diesem erneut das Vertrauen bekundet wurde. Der Streik auf der Keramik im Herbst, der kurze auf Mannesmann verursachte „Generalkrieg“ Anfang November, die plötzlich ganz erheblich gestiegenen Beitragssätze und die noch nicht ganz verbauene Karenzzeit haben manchen Kollegen veranlaßt, wankelmütig zu werden, da die abgeschlossenen Tarifverträge weit hinter dem Reallohn bleiben. Trotz einiger Abgänge konnte die Werbearbeit bald weitere Erfolge bringen. Wir hoffen, daß der gemeinschaftliche Sinn der Mitglieder, sowie strenge Ausübung des Betriebsratsgesetzes uns auch im nächsten Jahr vorwärts bringen werden. Kein Sieg ohne Kampf. Wer ernten will, darf auch keine Opfer scheuen.

Wetter. Die Bahntellenversammlung am 4. Januar protestierte ganz entschieden gegen die Arbeitsweise des Hauptvorstandes. Wir fragen uns: Ist dem Vorstand nicht bekannt, daß Kohlen, Schmalz und die hauptsächlichsten Lebensartikel um vieles gestiegen sind? Aus welchem Grunde ist das bis zum 31. Dezember 1922 laufende Lohnabkommen nicht gekündigt worden? Oder stehen wir schon zu günstig im Lohn, daß weitere Lohnerhöhungen nicht nötig sind? Oder sind bei Euch die hauptsächlichsten, zum Lebensunterhalt notwendigen Verbrauchsgüter im Preise stehen geblieben oder billiger geworden? Wir wissen, daß Euch alles ebenso drückt als uns und dann dieser Neujahrstag. Wir haben die „Ameise“ von vorn bis hinten durchkämmt, von Lohnabkommen fanden wir keine Spur, nur daß wir einen Stundenlohn bezahlen und Baumärkte leben sollen, haben wir schon zur Genüge gelesen. Und die Gegenleistung? Die Bahntelle protestiert energisch gegen solche Vergeltung (Wu weh! D. H.), denn wir meinen, wenn der Hauptvorstand solche Gehälter beziehen würde, wie wir Lohn erhalten (die Angestellten beziehen nicht mehr. D. H.), so hätte er doch darauf hingearbeitet, das Lohnabkommen zu kündigen. Prost Neujahr! Macht nur weiter so, dann brauchen wir am Ende des Jahres nicht von einer Verschmelzung, sondern von einer Zerstückelung reden.

Der Vorstand der Bahntelle Wetter.

(Nach einem solchen geistigen Erguß braucht man sich nicht wundern, wenn das „Zerschmelzen“ anfängt. Nur bleibt man im Zweifel, wo es beginnt. D. H.)

Zahlstelle Berlin-Charlottenburg.

Gewerkschaftliche Abendfeier

Sonnabend, 27. Januar 1923, pünktlich 7 Uhr, im Speisesaal der Staatlichen Porzellanmanufaktur (Bahnhof Tiergarten). 1. Streichorchester der Kollegen 2. Ansprache des Vorsitzenden 3. Vorlesungen von Elisabeth Brud vom Deutschen Theater aus russischen Dichtern. 4. Die neue Schule, Vorträge von der freien Schule „Spandau“. 5. Arbeiter-Turn- und Sportartikel, eine Ritze Jungen vom Turnverein „Fichte“. 6. Schöne Angelegenheiten von 6 Uhr ab beim Kaffeehaus.

Adressenänderungen.

Marktrebwin. Der Telefonruf für die Branchenleitung Oberfranken, Hermann Dredow, Marktrebwin, hat jetzt die Nummer 203.

Quittungen.

Für die Frau des verstorbenen Kollegen Josef Blam gingen folgende Beträge von den Bahntellen ein: Geringswalde 25,-; Mannheim-Kürtal 30,-; Reubaldensleben 60,-; Freital-Porschappel 30,-; Hohenberg a. d. Eger 40,-; Mitterteich 30,-; Lützenau 20,-; Girsbach 40,-; König 40,-; Sulz in Thüringen 60,-; Frauenth 60,-; Amberg 20,-; Martirsdorf 150,-; Weiswasser 100,-; Kama 50,-; Kaphütte 50,-; Schenck 50,-; Weilsdorf 100,-; Reubaldensleben 50,-; Gräfenthal 30,-; Weilsdorf 100,-; Coburg 50,-; Bohenstrauß 50,-; Sella 50,-; Grünbain 50,-; Borsdorf 50,-; Weilsdorf 50,-; Viehla-Altenwerda 50,-; Glimshorn 100,-; Bassau 50,-; Krausnau 50,-; Planfenhammer 50,-; Leisnig 50,-; Ehrdorf 100,-; Almenau 20,-; Blau 50,-; von der Arbeiterkassa der Porzellanfabrik Schwaben-Ründen 20,-; Triefhart 40,-; Wittenberg 50,-; Eilenach 40,-; O. Weilsdorf 40,-; Zeltow 100,-; Wolfen 100,-; Weilsdorf 100,-; Selt 20,-; Schlierbach 100,-; Kobach 100,-; Zettau 50,-; Margarethenhütte 100,-; Kleindenbach 50,-; Weiden 50,-; Pöhl 50,-; Altbaldensleben 50,-; Pöhlitz 50,-; Köhler 30,-; Sona 100,-; Hartenberg a. d. Weiser 100,-; Brattendorf 100,-; Arzberg i. d. H. 200,-; Epphanou 70,-; Burgau 20,-; Selt-Blühberg 20,-; Staff 100,-; Pöhl 50,-; Arnaburg 50,-; Frankfurt a. d. Ober 50,-; Weilsdorf 70,-; Schönwald 100,-; Waldenburg 100,-; Weilsdorf i. S. 60,-; Goltz 20,-; Brambach 30,-; vom Vaterpersonal Ludwigsdorf 700,-; Untertal 50,-; Stabitz 100,-; Ebnordorf 100,-; Marktzeuthen 50,-; Gräfthal-Neuleininga 50,-; Frauenstein 50,-; Spandau 20,-; Regensburg 100,-; M. Sanna: 625,- Mk.

Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gekern besten Dank. Die Verwaltung der Zahlstelle Weilsdorf-Fichte. F. A. Albert Kähler, Kassierer.

Zur Beachtung!

Den Bahntellenfasserern zur Mitteilung, daß jetzt auch die Beitragsmarken im Werte von 640, 630 und 720 Mk. vorhanden sind. Diefelben können unter Angabe der Stückzahl vom Unterzeichneten angefordert werden. Wilhelm Herben.

Sozialbeamter gesucht.

Für die vereinigten Bahntellen Ependorf, Unterweibach, Neufelsbach, Kaphütte und Großbreitenbach soll möglichst bald die Anstellung eines Sozialbeamten erfolgen. Bewerber müssen eine mindestens fünfjährige Mitgliedschaft in unserer Organisation nachweisen können. Die Bewerbung soll außer dem Lebenslauf die bisherige Tätigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiete enthalten. Ein selbstverfaßter und selbstgeschriebener Schriftsatz über: „Aufgaben und Tätigkeit eines Sozialbeamten“ ist beizufügen. Bewerbungsschriften sind bis spätestens 2. Februar d. J. an den Gauleiter Emil Hoffmann, Almenau in Thüringen, Neuestr. 11, zu richten. Die Gauleitung für Thüringen.

Aufruf!

Der Kollege Ernst Bölling, Tommler, ist im Jahre 1921 verunglückt. Die Kollegen am Ort haben ihn schon mehrmals unterstützt. Da D. in allen Klassen ausgeteuert ist, werden die übrigen Bahntellen gebeten, zur Vinderung der Not des Genannten ein Ehrenlein beizusteuern. Ermittlung erfolgt in der „Ameise“. Geldsendungen sind zu richten an: Willy Wunderlich, Malsmüller, Bad Brambach (Wogland), Nicolaistraße 115.

Sterbetafel.

Kön. Luis Scarselli, Figurist, geboren am 7. Juni 1852 in Düsseldorf, gestorben am 30. Dezember 1922 an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1919.
— Lore Apel, Arbeiterin, geboren am 3. März 1900 in Köln, gestorben am 6. Januar an Blutvergiftung.
Neufelsbach. Linda Korn, Malerin, geboren am 27. Mai 1884 in Neufelsbach, gestorben am 6. Januar an Gehirnhirntumor. Mitglied seit 1921.
Malsmüller. Runo Jungbans, Former, geboren am 1. Februar 1877 in Malsmüller, gestorben am 25. Dezember 1922 an Herzschlag. Mitglied seit 1918.
Schönwald. Babette Fink, Druckerin, geb. am 3. Aug. 1897 zu Dippach, gestorben am 22. Dezember 1922 an Darmverengung. Mitglied seit 1922.
Selt. Andreas Geyer, Schleifer, geboren am 15. Dezember 1883 zu Selt, gestorben am 6. Januar an Wutsturz. Mitglied seit 1910.
Waldenburg. Berthold Pabst, Tonarbeiter, geb. am 29. Januar 1878 in Waldenburg, gestorben am 7. Januar an Gehirnerweichung. Mitglied seit 1918.
Ehre ihrem Andenken!

Dank. Allen Kollegen und Kolleginnen von Zettau sagen für die Weihnachts Spenden herzlichen Dank. Wilhelm Eckardt, Zettau. Nikol Weinhold, Langenau.

Dank. Da es mir nicht möglich ist, jedem einzelnen für die erhaltene Spende zu danken, so spreche ich allen Kollegen und Kolleginnen, allen Bahntellen, sowie der Zahlstelle Weiden auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank aus. Ferdinand Sirich, Drechs.

Arbeitsmarkt.

1 Mobelleinrichter und Formgießer sowie geübte Teller- und Schalenbrecher sucht Porzellanfabrik, Aktien-Gesellschaft. Angebote unter B. an die Redaktion der „Ameise“.

Rediger Mater, 22 Jahre alt, firm in allen in der Gebrauchsgeschirrabzweige vorkommenden Arbeiten, sucht sofort Dauerstellung. Angebote werden unter „A. M. 100“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Jung-r, lediger Formgießer der Porzellan- und Geschirrabzweige sucht sofort Stellung. Offerten sind unter „A. R. 20“ an die Redaktion der „Ameise“ zu richten.

Wir suchen für sofort jüngeren Figuristen (Gießer oder Fuher) für Gipsfiguren. Derbenich & Sarrt Plastikische Kunstankalt, Kassel.

Oberdreher, gewissenhafter und langjähriger Fachmann, mit guten Zeugnissen, sucht für sofort oder später im In- oder Ausland Stellung in der Geschirrabzweige. Wohnung mit erwünscht. Angebote werden an die Redaktion der „Ameise“ unter „Oberdreher“ erbeten.

Tätiger Schmelzschreiber sucht Stelle als Plattenformer, Hohlformer, Gießer oder Garnierer im In- oder Ausland. Suchender ist auch fähig, ein Personal zu leiten. Beste Zeugnisse stehen zur Verfügung. Stelle, wo Wohnung vorhanden ist, wird bevorzugt. Offerten sind unter „G.“ an die Redaktion der „Ameise“ zu richten.

Tätiger, in allen Brennhausbearbeiten erfahrener Brenner, verheiratet, 38 Jahre alt, mit mehrjähriger Oberbrennerpraxis, gegenwärtig als Oberbrenner in Stellung, wünscht sich als selbständiger Brenner oder Oberbrenner zu verändern. Angebote an die „Ameise“ unter „23 R.“ erbeten.

Einige ledige Arbeiter für großes Geschirrgeschäft, sowie einige engere Arbeiter für kleinere Artikel in Dauerstellung. Angebote erbeten an Schramberger Majolika-Fabrik, G. m. b. H., Schramberg i. Sächs.

Wir suchen zum ehesten Eintritt jungen ledigen, an lauberes Gewerbe gewöhnten: (12)

Apfelbrecher... für Hohl- und Flachgeschirre auf Maschinenhebe. Bewerber mit etwas Kenntnis im Formreichen bevorzugt, jedoch nicht Bedingung, da Möglichkeit zum Einarbeiten gegeben ist. Offerten erbeten an die Porzellanfabrik Hob. Anke, Delantz, Wogil.

Ein tüchtiger Oberdreher, in allen Arbeiten der Dreherei, im Feilen von Schablonen und Anlernen neuer Kräfte bewandert, sucht sofort Stellung. Offerten an die „Ameise“ unter „D. H.“ erbeten.

Gesucht von einer größeren Steingutfabrik Norddeutschlands zum sofortigen Antritt mehrere unterrichtete Tellerdreher. Angebote durch die Geschäftsstelle unter „S. R.“

Wir stellen sofort ein einige Dreher für Hohl- und Flachgeschirre sowie einige Gießer und Garnierer. Zwickauer Porzellanfabrik. Zwickau, Sachsen.

Tätiger, lediger Porzellanmaler, firm im Gebrauchsgeschirre, sucht Stellung für sofort oder später. Best. Angebote unter „L. F.“ an die Geschäftsstelle der „Ameise“ erb.

Geschäfts-Anzeigen.

Emil Schme, Goldschmelzwerk, Eisenberg i. Th. (Gegründet 1891)

kauft sämtliche Goldabfälle, wie: Glanzgold — Goldschmierz — Lappen — Pinsel — Paletten — Goldschmelz — Bruchgold — Bruchsilber und zahlt stets die höchsten Tagespreise. Kleinstes Geschäft dieser Art. — Streng reelle und pünktliche Bedienung. (1)

Goldreste jeder Art

Dr. Max Heim, Chem.-met. Laboratorium zu höchsten Kurspreisen bei sofortiger Kasse.

Zahle die höchsten Preise für Goldrückstände jeder Art. Goldschmelz bis 1500 Mk. das Gramm und Goldflaschen 3—5 Mk. das Stück je nach Gehalt. Martin Kaufmann Zwickau i. S., Werdanerstr. 25. (2)

Kaufe Goldschmelz

für Berufszwecke. Zahle pro Gramm bis 1500,— Mk. und mehr, je nach Gehalt. Reelle Bedienung. Paul Seifert, Reudnitz i. Reich. (14)

Kaufe Goldabfälle

aller Art zu höchsten Preisen. Für leere Goldflaschen zahle ich je nach Gehalt bis 8,— Mk. für das Stück. Portoauslagen werden vergütet. U. Langhammer, Wilkau b. Zwickau (Sachsen). (9)

Gold — Lappen — Abfälle :: zahle allerhöchste Tagespreise. Poliergoldschmelz a Gramm 2000 Mk. und mehr, je nach Prozentgehalt. Glanzgoldschmelz 1500 Mk. — Eigene Schmelzanlage. — Sofort Kasse. — Andreas Geyer, Selt (Oberfr.), Goldarbeiter. (10)

Goldschmierz, Goldlappen, Goldflaschen

sowie alle Goldabfälle und Silberchlamm kauft ständig zu höchsten Tagespreisen Kurt Rottmann Stadtilm (Thüringen), Bahnhofstr. 1. (3)

Goldhaltige Lappen :: Nische :: Schmierz :: Pinsel :: Paletten Nische :: leere Goldflaschen :: Silberabfälle :: Silberchlamm Bruchgold und Silber :: für leere Glanzgoldflaschen zahle mindestens 3 Mk. p. Stück u. für leere Poliergoldflaschen mindestens 10 Mk. p. Stück. Da die in diesem Blatte inserierten Goldschmelzpreise sich längst durch den hohen Dollarkurs überholt haben, biete ich ihnen bei Sendungen an mich viel höhere Preise. Spesen, als Porto u. Scheidekosten, trage ich u. sichere schnellste u. reelle Bedienung an. Scheibeanstalt Max Haupt, Dresden-N., Bönnischplatz 17. (4)

Goldschmierz — goldhaltige Lappen — Nische Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen. (6)

Goldflaschen :: Lappen :: Schmierz :: sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen Emil Thelmer, Langenwiesau b. Jm., Thür. (5)

Offer zu Tagespr. f. Dreher Zmuscca, d. St. v. 0,40—1,50 engl. Schill. (früh. Goldm.), klein. Levantiner, das kilo zu 40, groß. zu 60 Schill., große glatte Philippiner Elefantnorhren, das kilo zu 6 1/2 Doll., klein. Levantiner Elefantnorhren, das kilo zu 200, groß. prima zu 240 franz. Francs, prima weiche faustgr. keine Meer-Vormschwämme, das kilo 7 Doll., billigere feste keine mittegr. Harthead-Glasur. u. Garnierungsschwämme, sowie große Harthead-Glasur für große Gefäße zu 3 1/2 Doll., alles unger. in deutsche Reichsmark, z. omfr. Berl. Briefbörsenkurs am Verfertigungstage. Versand in kleineren und größeren Posten. S. Michelsohn, Schwammgroßh., Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.

Goldhaltige Schmierz :: Lappen :: Nische :: Pinsel :: Flaschen usw. zum Einschmelzen kauft M. Köhler, Dresden-N., Gerichtr. 8, II. = Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse. =

Kaufe goldhaltige Schmierz, Lappen, Nische, Flaschen, Pinsel und Matrücken zum Einschmelzen. Höchste Tagespreise. Auf Wunsch sofortiges Einschmelzen. Erich Martin, Rudolstadt, Neumarkt 10. (13)

Gold, Platin und Silberabfälle aller Art

Beste Bedienung. Preisliste auf Anfrage.

Kaufert, Zwickau i. S., Osterwelschstr. 32.

Nur das Gute bricht sich Bahn! Offer. all. Porzell., Glas- u. Hüttenarbeitern meine prima Segelt- und Spangenschuhe u. Turnschuhe, sowie Pantoffel m. Segelstichoberteil zu annehmbar. Preis. Anfr. ohne Rückporto sind keine verbindlich. Berl. nur per Nachn. Ertes Schuhwarenverlagsgesellschaft a. hief. Wlsh. Konrad Hägler, Zirndorf, Klampferstr. 6.

Goldabfälle

Lappen, Nische, leere Flaschen kauft jederzeit zu den höchsten Tagespreisen Benzi Peter, Selt, Bayern, Gartenstr. 35 (Zugendheim). (16)

Telefonnummer: Berlin Amt „Wilhelm“ 4952. Postfachkonto: 9308 Berlin, Wlsh. Ge. „Charlottenburg L.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. Red.: Edwin Henninger, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Druck: E. Janischewski, Berlin SO., Liliensteinstr. 22/23.